

3023 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Bundesrates

B e r i c h t
des Finanzausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 6. November 1985 betreffend ein Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates soll der Bundesminister für Finanzen ermächtigt werden, an Aktiengesellschaften mit mehrheitlicher Bundesbeteiligung, sofern die Verwaltung dieser Anteilsrechte dem Bundesministerium für Finanzen obliegt, Zuschüsse im Höchstausmaß von 7,275 Milliarden Schilling unter bestimmten Bestimmungen zu gewähren. Voraussetzung für die Gewährung soll unter anderem sein, daß die Eigenmittel nicht ausreichen, um Unternehmungsverluste zu bewältigen oder zur Verbesserung der wirtschaftlichen Unternehmenslage notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen durchzuführen und daß ein besonderes gesamtwirtschaftliches Interesse an der Bewältigung dieser Probleme besteht. Die Gewährung der Zuschüsse hat außerdem durch Vertrag zu erfolgen, wobei bestimmte im Gesetz vorgesehene Regelungen zu berücksichtigen sind. Dabei ist eine Abstattung in Teilbeträgen mit einer Jahreshöchstbelastung des Bundes von zunächst 800 Millionen Schilling, in den Folgejahren jeweils um 5 % steigend, vorzusehen.

Der Finanzausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 14. November 1985 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 6. November 1985 betreffend ein Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1985 11 14

T m e j
Berichterstatte

S c h m ö l z
Obmann